



Positionen der GEW Sachsen zur Hochschulentwicklung

Auf der Basis des wissenschaftspolitischen Programms der GEW von 2009 und des Beschlusses „Hochschule und Forschung im Freistaat Sachsen im 21. Jahrhundert“ des Gewerkschaftstages der GEW Sachsen von 2011 positioniert sich die GEW Sachsen wie folgt zur Hochschulentwicklung:

- Wissenschaft muss einen entscheidenden Beitrag zum Abbau von Ungleichheit und zur sozialen, kulturellen und demokratischen Integration einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers in unsere Gesellschaft leisten.
- Die GEW Sachsen lehnt Studiengebühren jeglicher Art ab. Die Hochschulen müssen für Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Bildung geöffnet werden.
- Hochschulen sind Orte des gesellschaftlichen Wissenserwerbs und Wissensaustausches; regional haben die Hochschulen als Multiplikatoren von wissenschaftlichen Ergebnissen, aber auch für die Heranbildung von Fachkräften eine hohe Bedeutung. Sie dürfen sich nicht dem Primat der Ökonomie unterordnen, ihre Ausstattung muss ebenso wie die der Studentenwerke aufgabengerecht erfolgen.
- Landtag und Staatsregierung müssen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für die Hochschulen gerecht werden. Eine Übertragung der Arbeitgebereigenschaft auf die Hochschulen lehnt die GEW ab. Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen demokratisiert, die Rechte aller Lehrenden, Forschenden und Studierenden im Rahmen der Selbstverwaltung gestärkt werden. Wir fordern eine Ausdehnung des Geltungsbereichs des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes auf alle Beschäftigtengruppen.
- Universitäten und Fachhochschulen stehen in keinem hierarchischen Verhältnis: sie sind andersartig, aber gleichwertig. Eine Promotion mit Fachhochschulabschluss muss ohne Auflagen ermöglicht werden.
- Die Vereinbarkeit von Studium bzw. Wissenschaftskarriere und Familie (Work-Life-Balance) ist zu gewährleisten, z.B. durch Betreuungsangebote für Kinder und pflegebedürftige Angehörige.

- Wir treten für die Chancengleichheit für Frauen und Männer und die Berücksichtigung pluraler Lebensentwürfe ein.
- Die GEW Sachsen fordert die Schaffung einer ausreichenden Anzahl von Stellen, auf denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit unbefristeten Verträgen Wissenschaft als Beruf ausüben können. Kürzest- und Kurzbe-
fristungen sowie unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung müssen zurückgedrängt werden. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse für wissenschaftliche und künst-
lerische Hilfskräfte sowie Lehrbeauftragte, die dauerhaft Lehr- und Prüfungs-
aufgaben wahrnehmen, sind in sozialversicherungspflichtige Stellen zu über-
führen. Der Gesetzgeber muss die Tarifautonomie von Gewerkschaften und
Arbeitgebern respektieren. Wir fordern daher den Freistaat Sachsen auf, eine
Bundesratsinitiative zur Aufhebung der Tarifsperre im Wissenschaftszeitver-
tragsgesetz zu ergreifen.
- Wir fordern eine Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium und un-
terstützen Studienformen, die sich auf die dauerhaften Grundlagen für die
Berufsbefähigung der Absolventinnen und Absolventen orientieren, die
Durchlässigkeit des Studiums fördern und der Mobilität im europäischen
Hochschulraum Rechnung tragen. Sachsen muss seine Hochschulen öffnen
und attraktiv für ausländische Studierende gestalten.
- Die Lehrerbildung in Sachsen muss den gegenwärtigen und künftigen Anfor-
derungen sowohl qualitativ als auch quantitativ voll gerecht werden. Sie ist an
den Kompetenzen auszurichten, die für die Schule von heute und morgen
gebraucht werden. Die GEW lehnt eine Verkürzung der Ausbildungsdauer
für die Grundschul- und Mittelschullehrerinnen und -lehrer in Sachsen ent-
schieden ab. Eine weitere Regionalisierung der Ausbildung wird von uns
ausdrücklich unterstützt.
- Wir befürworten die gleichberechtigte Zusammenarbeit von Hochschulen
und Forschungseinrichtungen. Wenn hierzu Wissenschaftsräume bzw. -foren
etabliert werden sollen, bedarf es einer genauen Aufgabenbeschreibung. Die
Exzellenzinitiative erweist sich aus unserer Sicht als falsches Signal.
- Der weitere Ausbau von außeruniversitären Forschungseinrichtungen muss
regional ausgewogener erfolgen. Auch sie müssen durch eine Stärkung der
Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten demokratisiert werden.